

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.03.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:57 Uhr
Ort, Raum:	Festsaal des Rathauses

Auf Einladung vom 22.03.2023 versammelt sich der Stadtrat um 17:00 Uhr zur anberaumten Sitzung. Ort, Zeit und Tagesordnung waren mit Ablauf des 22.03.2023 öffentlich bekannt gemacht.

Anwesend sind:

Herr Christian Jung		Vorsitzender bis 17:50 Uhr
Herr Peter Bickelmann	SPD	Vorsitzender ab 17:50 Uhr
Herr Dr. Alexander Götzinger	SPD	
Herr Andreas Lauck	SPD	
Frau Monika Pacem	SPD	
Frau Doris Sebastian	SPD	
Frau Tanja Sebastian	SPD	
Herr Günter Struttmann	SPD	
Herr Jörn Walter	SPD	
Frau Laura Sophie Walter	SPD	
Herr Jochen Donnevert	CDU	
Herr Gregor Grauthoff	CDU	
Herr Daniel Jung	CDU	
Frau Elisabeth Junk	CDU	
Frau Gerlinde Plein-Erdmann	CDU	
Frau Jacqueline Reimann-Jung	CDU	
Herr Sascha Veith	CDU	
Herr Bernhard Vinzent	CDU	
Frau Elsa Wainer	CDU	ab Ende TOP 2, 17:05 Uhr
Herr Peter Ladwein	AfD	
Herr Hans Dieter Maier	AfD	
Herr Gerd Schon	AfD	
Frau Heidemarie Schon	AfD	
Herr Harald Hauch	Grüne	
Herr Dr. Horst-Henning Jank	Grüne	
Frau Grit Salomon	Grüne	
Herr Roland Eckstein	Linke	
Herr Peter Jung	Linke	
Herr Stephan Kohl	Linke	
Herr Jürgen Trenz	Linke	
Frau Nadine Klein	FDP	
Frau Karoline Wohlfahrt	FDP	
Frau Vanessa Bock		Verwaltung
Herr Harald Großjean		Verwaltung
Frau Anja Hohlweck		Verwaltung, zu TOP 11
Frau Birgit Kania		Verwaltung
Frau Tina Schmidt		Verwaltung
Herr Sven Siegler		Verwaltung
Frau Hildegard Stillemunke		Verwaltung
Frau Bianca Klos		SWF/EZF

Nicht anwesend ist:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 15.02.2023
- 3 Klimaschutzgesetz Saarland
hier: Gesetzesentwurf und Stellungnahme
Vorlage: VO/3033/23
- 4 Beratung und Entscheidung über die Verabschiedung einer Resolution zur kommunalen Haushaltssituation auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: VO/3041/23
- 5 Störungsbedingte Außerbetriebnahme der BHKW-Anlage im Bäderbetrieb
hier: Erforderlicher Stromzukauf bei den Stadtwerken Friedrichsthal
Vorlage: VO/3042/23
- 6 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 15.02.2023
- 8 Investitionsprogramm „DigitalPakt Schule Saarland (2019-2024)“ Auftragsvergabe zur Beschaffung stationärer digitaler Endgeräte für die Grundschule Bildstock
Vorlage: VO/3040/23
- 9 Vergabe des Auftrages zur Prüfung des Jahresabschlusses 2022 für den Immobilienbetrieb der Stadt Friedrichsthal
Vorlage: VO/3038/23
- 10 Vergabe des Auftrages zur Prüfung des Jahresabschlusses 2022 für den Bäderbetrieb der Stadt Friedrichsthal
Vorlage: VO/3039/23
- 11 Tischler- und Holzbauarbeiten „Erweiterungsbau Hoferkopfschule“
Vorlage: VO/3043/23
- 12 Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)

Bürgermeister Jung eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen die Erweiterungen der Tagesordnungspunkte 5 und 11 bestehen keine Bedenken.

Es wird sodann beraten und beschlossen was folgt.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Einwohnerfragestunde

Herr Manfred Klein, ein Bürger der Stadt, meldet sich zu Wort.

Er lobt die gut ausgeführten Reparaturarbeiten auf dem Spielplatz Ostschacht. Er bittet zusätzlich um Überprüfung der Rutsche, da diese im Sommer durch die Sonneneinstrahlung zu heiß werde, vielleicht könne die Ausrichtung geändert oder ein Sonnensegel montiert werden.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

Herr Klein kritisiert die Geschehnisse rund um den gefassten „Brandbrief“. Inhaltlich befindet er den Brief für sehr gut und dringend nötig. Viele Dinge, die im Nachgang passiert seien, bemängelt Herr Klein.

Er weist u. A. auf eine von Ihm gestartete Unterschriften-Sammlung „pro Brandbrief“ hin, die er ggfls. unter Einbeziehung falscher Informationen begonnen habe.

Der Vorsitzende verweist auf die „Satzung Einwohnerfragestunde“, die weder eine Aussprache noch die Abgabe persönlicher Erklärungen vorsieht.

zu 2 Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 15.02.2023

Der Vorsitzende äußert sich ausführlich zur letzten Stadtratssitzung, insbesondere zur Thematik Flüchtlinge + Brandbrief, übt Kritik an gezielten Fehlinterpretationen und ruft dazu auf, im Stadtrat einen konstruktiven und friedfertigen Umgang zu pflegen. Auf den Brandbrief ist von Seiten des Bundes noch keine Eingangsbestätigung zugegangen.

Auch Herr Walter, SPD, betont die Richtigkeit der damals stattgefundenen Berichterstattung über die vorherrschenden Zustände in der Helenenhalle. Zu keinem Zeitpunkt habe irgendjemand beabsichtigt, einzelne Personen zu diffamieren. Einzelne Äußerungen oder Berichte, beispielsweise von Herrn Dr. Jank oder der Saarbrücker Zeitung haben seiner Auffassung nach eher zu einer Art Hetzkampagne beigetragen.

Herr Dr. Jank, Grüne, nimmt Abstand von sämtlichen Verleumdungsvorwürfen. Die Problematik „Hallenboden“ und auch weitere Berichte hätten sich mittlerweile relativiert.

Zwar hätte sich seine Fraktion in der Sitzung des 15.02. nicht gegen die Abfassung eines Brandbriefes ausgesprochen, allerdings habe nicht wirklich eine Zustimmung stattgefunden, weil der Inhalt des Briefes bis zu seiner Herausgabe nicht bekannt gewesen sei.

Herr Trenz, Linke, unterschreibt alle gemachten Ausführungen des Bürgermeisters. Man habe eine gute Sache angestrebt, und er findet gut, dass sich die Situation mittlerweile auch tatsächlich verbessert hat.

Herr Trenz wundert sich über verschiedene Artikel und das „Nicht-reagieren“ der Saarbrücker Zeitung auf schriftliche Anfragen der Fraktionsvorsitzenden.

Auch Frau Klein, FDP, berichtet von Anfragen an die SZ (über den Facebook-Messenger), auf die keine Reaktion folgte.

Frau Klein spricht ein Dank an den Vorsitzenden für seinen Mut aus. Sie bedauert es, dass die eigentlichen Beweggründe „hinten runtergefallen“ seien. Es dürfe nicht von „Hetze“ gesprochen werden, wenn man bemüht sei, schwierige Themen wie beispielsweise die enorm hohen Kosten für einen Sicherheitsdienst zu klären.

Herr Schon, AFD, verweist auf die Einigkeit in der letzten Sitzung, dass man Unterstützung anfordern müsse. Darum steht auch er zu der Aussage, dass man sich

mit allen Fraktionen auf die Abfassung eines Brandbriefes geäußert habe, auch wenn der Inhalt nicht bekannt war.

Auch Herr Jung, CDU, bestätigt die Einigkeit in der letzten Sitzung. Eine inhaltliche Information wäre aber wünschenswert gewesen, da jede Fraktion im Nachhinein um Stellung gebeten wurde. Sinngemäß wurde im Brandbrief alles erwähnt, was im Stadtrat gefordert wurde und worauf die Bürger ein Anrecht haben. Über die Art der Formulierung könne man sich natürlich streiten. Seiner Auffassung nach sollte man nun „zur Sache“ zurückkehren.

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift wird in der vorgelegten Form angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 3 Klimaschutzgesetz Saarland
hier: Gesetzesentwurf und Stellungnahme
Vorlage: VO/3033/23**

Frau Kania, Verwaltung, informiert den Rat über die momentanen Möglichkeiten. Wenn ein Gesetz, das die Vorhaltung eines kommunalen Klimaschutz-Managers bestimmt, verabschiedet wird, wäre es sinnvoll, jetzt aktiv zu werden und die in Aussicht gestellte Förderung noch zu genießen – auch wenn diese auf 2 Jahre befristet ist.

Der Vorsitzende bittet um Beachtung, den jetzt thematisierten „Manager“ nicht mit der in der letzten Sitzung beauftragten „Klimaschutz-Patin“ zu verwechseln.

Frau Klein, FDP, nennt Argumente gegen die Einstellung eines Klimaschutz-Managers. Sie gibt zu bedenken, wie es nach der 2-Jahres-Förderung weitergeht (auch wenn die jetzt in Aussicht gestellte Förderung zunächst verlockend klingt) und ob es wirklich nötig ist, dass jede Kommune einen eigenen Manager einstellt. Am Ende bleiben alle zu leistenden Kosten zu 100% Steuergeld, daher wird ihre Fraktion dem Unterpunkt 3 nicht zustimmen.

Herr Trez, Linke, schließt sich den Aussagen von Frau Klein an. Dem Druck, der an dieser Stelle schon wieder auf die Kommunen ausgeübt wird, müsse man Stand halten. Er weist auf die Haltung der Kommunalaufsicht zu freiwilligen Ausgaben hin und dass man Vereine und auch Bürger in anderen Angelegenheiten immer vertrösten müsse.

Man solle Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit prüfen, alle guten Vorschläge seien oft nicht zu Ende gedacht und am Ende für die Kommunen nicht umsetzbar.

Herr Jung, CDU, befindet die finanziellen Lösungsmöglichkeiten ebenfalls für sehr ungenau. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag mit Hinblick auf die ohnehin kommende Verpflichtung jedoch zustimmen.

Herr Schon, AFD, spricht sich gegen die Beschlussvorschläge aus. Seiner Auffassung nach soll an dieser Stelle ein Gesetz durchgepeitscht werden, um in 2 Jahren nicht zu wissen, wie alles weiter bezahlt werden soll.

Herr Walter, SPD, stimmt Herr Schon was das Prinzip der „Kostenabwälzung“ angeht, grundsätzlich zu.

Seine Fraktion werde sich trotzdem nicht gegen die Beschlussvorschläge aussprechen.

Auch die Fraktion der Grünen spricht sich für die vorgeschlagenen Beschlüsse aus, man solle sich die Förderung nicht entgehen lassen.

Beschlüsse:

1. Der Stadtrat nimmt den Gesetzesentwurf zum Klimaschutzgesetz Saarland sowie die Stellungnahmen des Saarländischen Städte- und Gemeindetages und des Regionalverbandes Saarbrücken zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschließt, sich der Stellungnahme des Regionalverbandes Saarbrücken zum Gesetzesentwurf Klimaschutzgesetz Saarland anzuschließen.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit der Einstellung eines Klimaschutzmanagers / einer Klimaschutzmanagerin sowie der Förderung zu prüfen. Falls eine Förderung möglich sein sollte, beschließt der Stadtrat, die Ko-Finanzierung (10%) in Höhe von ca. 5.000 - 6.000 € pro Jahr hierfür im kommenden Haushalt für 2024 und 2025 zur Verfügung zu stellen. Falls eine Förderung nicht möglich sein sollte, bleibt es bis auf Weiteres bei dem Beschluss aus dem Jahr 2017, dass die Einstellung eines Klimaschutzmanagers / einer Klimaschutzmanagerin nicht infrage kommt, da eine Einstellung ohne Drittmittelförderung finanziell im Haushalt der Stadt Friedrichsthal nicht darstellbar ist.
4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit der Förderung einer kommunalen Wärmeplanung zu prüfen. Sollte eine Förderung möglich sein, wird die Verwaltung beauftragt, den Förderantrag zu stellen und die 100%ige Förderung zu nutzen.

Abstimmungsergebnisse:

Zu 1. + 2.:

3 dagegen
5 Enthaltungen
23 dafür

Zu 3.:

7 dagegen
7 Enthaltungen
17 dafür

Zu 4.:

4 dagegen
3 Enthaltungen
24 dafür

Bürgermeister Jung bedankt sich für die rege Sitzungsteilnahme und übergibt um 17:50 Uhr den Vorsitz an den Ersten Beigeordneten, Herrn Peter Bickelmann.

**zu 4 Beratung und Entscheidung über die Verabschiedung einer Resolution zur kommunalen Haushaltssituation auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: VO/3041/23**

Jung, CDU, erläutert die Gründe der Antragstellung seiner Fraktion. Die darin gestellten Forderungen würden von Seiten der CDU-Saar ebenso erhoben und unterstützt.

Herr Walter, SPD, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Resolution aus.

Herr Dr. Jank, Grüne, sieht es als ein gemeinsames Anliegen, die Kommunen finanziell besser aufzustellen. Allerdings bittet er um einige Anpassungen in der Formulierung, insbesondere zur Thematik „Länderfinanzausgleich“. Er begründet die Bedenken seiner Fraktion, ohne deren Berücksichtigung man dem vorgelegten Entwurf nicht zustimmen könne.

Herr Jung, CDU, sieht keinen Abänderungsbedarf in die vorgenannte Richtung.

Herr Schon, AFD, stimmt mit seiner Fraktion für die Verfassung der Resolution.

Ebenso stimmt Herr Trezn für die Linke-Fraktion der Resolution zu.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Resolution in der vorgelegten Form unter Einbeziehung der bereits vorgelegten Ergänzungen.

Abstimmungsergebnis:

28 dafür

3 dagegen.

zu 5 Störungsbedingte Außerbetriebnahme der BHKW-Anlage im Bäderbetrieb hier: Erforderlicher Stromzukauf bei den Stadtwerken Friedrichsthal Vorlage: VO/3042/23

Herr Jung, CDU, blickt auf zurückliegende Beschlüsse: trotz Energiekrise wollte man das Bad geöffnet lassen. Demnach sei es nur konsequent, wenn man nun auch weiterverfolgt, das Bad für die Bürger geöffnet zu halten.
Der Stromzukauf sollte in einem erträglichen Rahmen gehalten werden.

Herr Großjean und Frau Kania, Verwaltung, berichten über einen neuen noch zu prüfenden Lösungsvorschlag, daher solle man den Beschluss um die Option ergänzen, dass man nach Gegenrechnung durch die Verwaltung entscheidet, ob ein Stromzukauf oder eine Reparatur erfolgt.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Stadtrat erteilt der Verwaltung die Freigabe, die erforderliche zusätzliche Strommenge von rd. 185.000 kWh infolge der störungsbedingten Außerbetriebnahme der BHKW-Anlage unter Beachtung der Haushaltslage zum tagesaktuellen Angebotspreis der Stadtwerke Friedrichsthal zur Aufrechterhaltung des Badebetriebes für das Hallen- und Freibad zu beschaffen.

Alternativ wird die Verwaltung ermächtigt, einen Reparaturauftrag zu erteilen, wenn diese Lösung wirtschaftlicher ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 6 **Mitteilungen und Anfragen (Verschiedenes)**

Herr Schon, AFD, informiert über den schlechten Zustand in der Thornerstraße. Die Verwaltung verweist auf den abzuarbeitenden Katalog, es seien leider sehr viele Baustellen und Maßnahmen die mit einem auf 240.000 € begrenzten Budget nicht vollumfänglich abgearbeitet werden können.

Herr Dr. Götzinger, SPD, erkundigt sich nach dem aktuellen Arbeitsstand auf dem Spielplatz in der Inselstraße.

Frau Kania erklärt, dass die Spielplatzsaison gerade erst begonnen habe, Firmen sind beauftragt, Geräte bestellt, es werde nach und nach alles erledigt, beginnend nach den Osterferien.

Herr Jung, Linke, erfragt den Sachstand „Kanaldeckel am Bahnhof“. Der Vorsitzende sagt eine Rücksprache mit Herrn Bua und dem EZF und eine anschließende Information zu.

Herr Jung, CDU, bittet um erneute Prüfung der Parksituation Hoferkopf. Evtl. könne ein Kompromiss durch Umzäunung des Spielplatzes gefunden werden, was auch das Problem „Wegspülung bei Regen“ beheben könnte.

Frau Bock, Verwaltung, erklärt die bisherige Vereinbarung zwischen Stadt und Pächterin. Nachdem die Schranke, die schon immer durch die Pächterin geschlossen gehalten werden sollte, nicht mehr regelmäßig geschlossen war, wurden die abschließbaren Poller angebracht. Frau Bock verweist auf die Möglichkeit der Naherholung und auf/um dem/den Spielplatz spielende Kinder.

Frau Kania, Verwaltung, berichtet auf Herrn Jungs Nachfrage über den aktuellen Sachstand „Vereinshaus“.

Herr Siegler, Verwaltung, informiert über die nicht ausreichenden Fördermittel beim Projekt Rechtsschutzsaal. Er berichtet von einem beim Ministerium stattgefundenen Termin und über eine in Aussicht gestellte einmalige Förderung kulturelle Projekte.

Ebenfalls erfragt Herr Jung, CDU, die bisherige Nutzung der Mitgliedschaft „EGO Saar“. Hierzu sagt Herr Siegler eine entsprechende Information an die Ratsmitglieder zu.

Über den aktuellen Sachstand „Kita Neunkircher Straße“ könne man mehr im nächsten Bauausschuss erfahren. Frau Kania berichtet von Gesprächen mit der Montessori-Schule.

Frau Plein-Erdmann, CDU, greift nochmals die Parkplatzsituation Hoferkopf auf. Gäste, Bedienstete und auch engagierte Helfer seien stark beeinträchtigt.

Frau Kania, Verwaltung, erklärt, dass die Parkplatz-Instandsetzung angegangen werde, sobald die Witterung etwas beständiger sei.

Frau Junk, CDU, erinnert an die Spielplatzgeräte für den Kolonieschacht und bittet um Begutachtung des Sportplatz-Parkplatzes in Friedrichsthal.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:43 Uhr mit einem Dank an die interessierte Presse und Öffentlichkeit.

